

**Satzung**  
**zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Hammah vom 21.11.2011**

Aufgrund der §§ 10 und 12 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 191), hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 07.07.2022 folgende 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung beschlossen:

**§ 1**

§ 1 Abs. 2 der Hauptsatzung erhält folgende Fassung:

„Die Gemeinde gehört der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten an.“

**§ 2**

§ 3 der Hauptsatzung erhält folgende Fassung:

**„§ 3  
Ratszuständigkeit**

(1) Der Beschlussfassung des Rates bedürfen

- a) Rechtsgeschäfte i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 12.500 € übersteigt,
- b) Rechtsgeschäfte i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 16 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 5.000 € übersteigt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- c) Verträge i. S. d. § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG, deren Vermögenswert die Höhe von 1.000 € übersteigt, soweit diese nicht aufgrund einer förmlichen Ausschreibung abgeschlossen werden.

(2) Soweit der Rat nicht nach Absatz 1 zuständig ist, entscheidet der Verwaltungsausschuss. Für Geschäfte der laufenden Verwaltung ist die Gemeindedirektorin oder der Gemeindedirektor zuständig.

Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung zählen solche, die nicht von grundsätzlicher, über den Einzelfall hinausgehender Bedeutung sind und deshalb keine besondere Beurteilung erfordern, sondern mit gewisser Regelmäßigkeit wiederkehren, nach feststehenden Verwaltungsregeln erledigt werden und für die Gemeinde sachlich und finanziell nicht von erheblicher Bedeutung sind. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören insbesondere:

- a) die nach feststehenden Tarifen, Richtlinien, Ordnungen oder sonstigen Regelungen abzuschließenden oder regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte des täglichen Verkehrs,
- b) Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandlungen, die in Durchführung bundes-, landes- oder ortsrechtlicher Bestimmung vorgeschrieben oder zulässig sind:
  - Heranziehung zu Abgaben,

- Erteilung von Prozessvollmachten,
- Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln,
- Erhebung von Klagen vor Gerichten bis zu einem Streitwert von 1.500 €,
- Erteilung von Löschungsbewilligungen,
- Ausstellung von Abtretungserklärungen,
- Vorrangearäumungen,

c) Rechtsgeschäfte bis zu folgenden Wertgrenzen:

- Verfügungen über das Gemeindevermögen  
(ausgenommen Schenkungen): 2.500 €
- Niederschlagungen und Erlass von Forderungen: 5.000 €
- Abschluss von Miet- und Pachtverträgen (Monatsbeiträge): 500 €

d) Verträge über Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes bis zu 10.000 €.

(3) Zuständig für die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 NkomVG ist bis zu einem Wert von 10.000 € die Gemeindedirektorin / der Gemeindedirektor, für Beträge von 10.001 bis 50.000 € der Verwaltungsausschuss und darüber hinaus der Gemeinderat.“

### § 3

§ 6 der Hauptsatzung erhält folgende Fassung:

#### „§ 6 Verkündungen und öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, werden Satzungen, Verordnungen sowie öffentliche Bekanntmachungen im Internet unter der Adresse [www.landkreis-stade.de](http://www.landkreis-stade.de) im elektronischen „Amtsblatt für den Landkreis Stade“ verkündet bzw. öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Ortsübliche und sonstige Bekanntmachungen erfolgen auf der Internetseite der Samtgemeinde Oldendorf – Himmelpforten ([www.oldendorf-himmelpforten.de](http://www.oldendorf-himmelpforten.de)) sowie in den amtlichen Aushangkästen.“

### § 4

Diese Änderungssatzung tritt mit dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hammah, 08.07.2022

Gemeinde Hammah

gez. Holst  
Bürgermeister

L.S.

gez. Falcke  
Gemeindedirektor